

Appell zum Kommunalwahlkampf 2002: "Auch Ausländer sind Münchner - Integration ist wählbar!"

Beschluss Nr. 106

I. Antrag

Die Vollversammlung des Ausländerbeirates verabschiedet folgenden Appell zum Kommunalwahlkampf 2002: München gilt seit vielen Jahren als eine weltoffene Stadt. Eine Stadt der Toleranz und des interkulturellen Austausches. Eine Stadt des friedlichen Miteinanders zwischen der deutschen und nichtdeutschen Bevölkerung. Exemplarisch dafür steht auch der Preis "Lichtblicke", der in diesem Jahr erneut von der Stadt München, der Lichterkette und dem Ausländerbeirat an Einrichtungen und Personen verliehen wird, die sich in besonderer Weise durch Menschlichkeit, Solidarität und mutiges Eintreten gegen ethnische Diskriminierungen für das positive Klima in dieser Stadt eingesetzt haben. Die große Mehrheit der nichtdeutschen Bevölkerung ist froh darüber, in dieser Stadt zu leben und zu arbeiten. Das Zusammenleben von Menschen aus unterschiedlichen Kulturkreisen und Nationalitäten in München muss auch in Zukunft gefördert werden. Aus Sorge um den sozialen Frieden und aufgrund seines Verantwortungsgefühls für die Zukunft dieser Stadt und die Lebensqualität der hier lebenden Menschen, appelliert der Ausländerbeirat an die bei der Kommunalwahl im Jahr 2002 kandidierenden Parteien: 1. Stellen sie Ausländerinnen und Ausländer nicht als Problem dieser Gesellschaft dar, auch nicht als Ursache für hohe Arbeitslosigkeit, Sozialabbau, Kriminalität und Angst vor Terroranschlägen. Diese Bevölkerungsgruppe ist sogar stärker als Deutsche von Arbeitslosigkeit und Sozialabbau betroffen. Auch sie leidet unter der "Angst" und "Unsicherheit", die sich unter Teilen der Bevölkerung ausgebreitet hat. Es wäre absolut unverantwortlich auf dem Rücken dieser nicht wahlberechtigten Personengruppe auf Stimmenfang zu gehen. 2. Die Münchnerinnen und Münchner erwarten Vorschläge und Lösungsansätze für die Probleme der Stadtgesellschaft. Im Interesse der Wählerinnen und Wähler sind die Parteien aufgefordert, Zukunftsperspektiven für alle aufzuzeigen und nicht nach Sündenböcken zu suchen. Wir wollen eine sachliche politische Diskussion. Die seit Jahrzehnten erhobenen Forderungen von Ausländerbeiräten, Verbänden und gesellschaftlichen Gruppen nach einer politischen, kulturellen und sozialen Gleichstellung von Deutschen und Nichtdeutschen, nach der Einführung des kommunalen Wahlrechts für alle Ausländerinnen und Ausländer und nach einem Integrationskonzept, vor allem auch im Hinblick auf die sprachliche Förderung von Zuwanderergruppen, dürfen nicht weiter auf die lange Bank geschoben werden. Parteien, die sich gegen diese Forderungen aussprechen, verhindern die Integration der nichtdeutschen Bevölkerung. Der Ausländerbeirat unterstützt deshalb alle Aktionen und Aktivitäten von Parteien und gesellschaftlichen Gruppen im Sinne dieser Erklärung. Wir appellieren auch an die wahlberechtigten Münchnerinnen und Münchner, allen Parteien, die nicht eindeutig gegen eine Spaltung der Gesellschaft und für eine effektive Integrationspolitik eintreten, die Stimme zu verweigern.

II. Beschluss

nach Antrag mit 1 Gegenstimmen und 1 Enthaltung

Cumali Naz (Vorsitzender)